

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

Verkehrssicherheit im Lande Bremen stärken

Im täglichen Straßenverkehr ist erkenn- und erlebbar, dass seitens der Verkehrsteilnehmer zunehmend weniger Rücksicht genommen wird. Dadurch sind insbesondere die schwächsten Verkehrsteilnehmer — im Besonderen ältere Menschen und Kinder — erheblichen Gefahren ausgesetzt. Aggression, Zeitnot und Hektik, aber gelegentlich auch Imponiergehabe und Unerfahrenheit sowie Drogen- und Alkoholmissbrauch sind u. a. Ursachen dafür, dass der gesetzlichen Auflage einer defensiven Fahrweise zunehmend weniger Rechnung getragen wird.

Die Ahndung solcher Verhaltensweisen durch Verkehrsüberwachungsbehörden und Polizei kann nur teilweise gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen: Schärfung des Unrechtsbewusstseins bei Rechtsverstößen im Straßenverkehr und Einübung von mehr Rücksichtnahme und Vorsicht gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern müssen gesamtgesellschaftliche Ziele sein und bleiben, denen auf allen Ebenen mehr Geltung verschafft werden muss und die mit mehr Konsequenz durchgesetzt werden müssen.

Wir fragen deshalb den Senat:

1. Wie hoch war die Zahl der Verkehrsunfälle von 1997 bis heute jeweils in Bremen und Bremerhaven, welche Ursachen (z. B. Geschwindigkeitsübertretung, Alkohol oder drogenbedingte Fahruntüchtigkeit, Nichtbeachtung von Verkehrsregeln etc.) und Folgen (Sach- und Personenschäden) hatten diese, und welche (Haupt-)Verursachergruppen lassen sich isolieren?
2. Welche Entwicklungen in der Unfallhäufigkeit und in den Unfallursachen und -folgen sind nach Einschätzung des Senats erkennbar, und welche örtlichen Unfallschwerpunkte haben sich herauskristallisiert (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven darstellen)?
3. Welche Maßnahmen z. B. straßenbaulicher Art, der Verkehrsregelung oder -überwachung hat der Senat mit welcher Häufigkeit seit 1997 unternommen, um die Häufigkeit von Unfällen an bestimmten örtlichen Schwerpunkten zu reduzieren oder bestimmten Unfallursachen durch Übertretung der Straßenverkehrsordnung und anderer für den Straßenverkehr relevanter Rechtsquellen (z. B. Geschwindigkeitsübertretungen, Alkohol am Steuer, Übertretung der Lenk- und Ruhezeiten bei Lkw) entgegenzutreten, und wie beurteilt der Senat den Erfolg dieser Maßnahmen?
4. Welche Maßnahmen zur Erhöhung der Rechtskonformität des Verhaltens im Straßenverkehr beabsichtigt der Senat zusätzlich zukünftig allgemein zu ergreifen?
5. Wie viele Verkehrsunfälle gab es von 1997 bis heute in Bremen und Bremerhaven unter Beteiligung von Fahrradfahrern und/oder Fußgängern (bitte Darstellung getrennt nach Jahren, Stadt Bremen und Bremerhaven und beteiligten Fahrradfahrern bzw. Fußgängern), und welche Folgen hatten diese für die Betroffenen?

6. In wie vielen der Unfälle waren Fahrradfahrer bzw. Fußgänger Opfer bzw. Verursacher, und wie beurteilt der Senat die Sicherheit von Fahrradfahrern bzw. Fußgängern (insbesondere älteren Menschen und Kindern) in Bremen und Bremerhaven?
7. Welche Ursachen hatten Unfälle unter Beteiligung von Fahrradfahrern bzw. Fußgängern, sind dem Senat Unfall- bzw. besondere Gefährdungspunkte bekannt, und welche Entwicklung haben Unfälle unter Beteiligung von Fahrradfahrern und Fußgängern bezogen auf Ursachen, Folgen, Häufigkeit und gegebenenfalls neuralgische Unfallpunkte genommen?
8. Welche Erfahrungen wurden nach Kenntnis des Senats mit der Regelung gemacht, nach der die Benutzung von Fahrradwegen auch gegen die Fahrtrichtung erlaubt und bei besonderer Beschilderung die Nutzung einer Einbahnstraße auch in Verbotsrichtung zulässig ist, welche Gefährdungspotenziale haben sich ergeben, und welche Konsequenzen will/hat der Senat aus den Erfahrungen ziehen/hat gezogen?
9. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Beteiligung von Fußgängern allgemein und insbesondere im Alter unter 14 Jahren und über 65 Jahren am Unfallgeschehen in Bremen und Bremerhaven, wie oft waren sie bezogen auf die Gesamtheit der Verkehrsteilnehmer Opfer von Unfällen, welche spezifischen Ursachen sieht der Senat, und welche besonderen Gefahrenpunkte oder Gefahrensituationen sind dem Senat in Bremen und Bremerhaven bekannt?
10. Wie beurteilt der Senat die Rechtskonformität des Verhaltens von Fahrradfahrern und Fußgängern im Straßenverkehr zum gegenwärtigen Zeitpunkt und in seiner Entwicklung seit 1990?
11. Wie beurteilt der Senat das gegenwärtige Rad- und Gehwegenetz in Bremen hinsichtlich der Verkehrssicherheit, nach welchen Kriterien wurden seit 1997 insbesondere Fahrradwege gebaut, angelegt oder ausgewiesen, und welche Schwachstellen hinsichtlich der Verkehrssicherheit sind dem Senat im gegenwärtigen Fahrrad- und Gehwegenetz allgemein und insbesondere im Bereich von Schulwegen einerseits und Seniorenwohnstätten andererseits bekannt?
12. Welche Maßnahmen hat die Polizei in den Jahren 1999, 2000 und 2001 (1. Jahreshälfte) zur Kontrolle des Verkehrs mit dem Ziel der Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger ergriffen, wie viele Verkehrskontrollen und Geschwindigkeitsmessungen wurden mit diesem spezifischen Ziel durchgeführt, wie beurteilt der Senat den Erfolg dieser Maßnahmen, und ist eine Steigerung der Intensität von Kontrollen und der Ahndung von Rechtsverstößen geplant?
13. Welche zusätzlichen präventiven, aber auch im repressiven Bereich liegenden Maßnahmen beabsichtigt der Senat zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu ergreifen, wird nach Auffassung des Senats das bestehende Rechtsinstrumentarium zur Durchsetzung der Straßenverkehrsvorschriften konsequent genutzt, und welche Veränderungen im Rechtsrahmen (einschließlich der Möglichkeit der Erhöhung der Sanktionen durch Verwarnungen, Bußen und Strafen) hält der Senat für erforderlich?
14. Welche Maßnahmen werden in Bremen und Bremerhaven zur Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen unternommen, welche Absichten gibt es, diese zu verändern und zu intensivieren, und wie beurteilt der Senat den Erfolg der Verkehrserziehung insbesondere in Kindergärten und Schulen?
15. Welche Maßnahmen wird der Senat insbesondere für ältere Mitbürger und Kinder zusätzlich ergreifen, um die Sicherheit dieses Personenkreises im Straßenverkehr zu erhöhen?

Knäpper, Klara Schreyer,
Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU

Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD